

Das „Mögest Du in interessanten Zeiten leben!“ ein chinesischer Fluch sei, wird von Sinologen bezweifelt. Unbestritten ist, dass die Generation unserer (Groß-) Eltern verflucht „interessante Zeiten“ erlebte: zwei Weltkriege, vier Systemwechsel, politische Wirren und Not. Für Wien ragt aus den „interessanten“ Zeitspannen der Herbst 1938 heraus. Ganze Platten destruktiver Kräfte schoben sich damals übereinander und lösten mehrere Beben aus. Ihr Auftakt war ein weiterer Triumph Hitlers, der Anfang Oktober ins deutsch geprägte Sudetenland einrückte. Österreichs Kirchen feierten den neuen „Anschluss“ mit Glockengeläut und Dankgebeten. Viele Pastoren, Priester und Klosterleute einschließlich des Wiener Erzbischofs Theodor Innitzer (im Amt 1932 bis 1955) stammten von dort.

Nur eine Woche später, am 7. Oktober, entrissen Tausende Wiener Jugendliche nach einer Feier im Stephansdom dem NS-Regime noch einmal das Straßenmonopol und verhöhnnten es mit Huldigungen Innitzers (unter anderem „Ein Volk, ein Reich, ein Bischof“). Am Tag darauf verwüsteten Halbstarke der Hitlerjugend das Bischofspalais in der Wollzeile und suchten Priester aus dem Fenster zu werfen, was ihnen in einem Fall gelang. Es waren genug Söhne aus gutem Hause dabei, die vom Gymnasium her die antikatholischen Prager Fensterstürze von 1418 und 1618 kannten. Am 13. Oktober fand auf dem Heldenplatz die vielleicht größte je organisierte „Antiklerikale Versammlung“ statt (kolportierte 200.000 Teilnehmer!). Redner und Transparente sprachen Klartext („Pfaffen an den Galgen“). Der Pfaffenhass hatte vielen „Roten“ eine Brücke zu den „Braunen“ gebaut. Nun konnten sie endlich den „Schwarzen“ alles Elend nach 1918, vor allem aber die verhasste „Systemzeit“ heimzahlen, was die biegsame Haltung der Bischöfe im März vereitelt hatte. Einzigartige Vorgänge im „Großdeutschen Reich“!

Auf den antiklerikalen Oktober folgte ein antisemitischer November, das ungleich stärkere Beben des Novemberpogroms. Es wurde reichsweit inszeniert, in Wien aber ungleich brutaler und perfider umgesetzt. Hier wurden 2000 Wohnungen requiriert, 42 Tempel und Bethäuser verwüstet; österreichweit wurden 8000 Personen inhaftiert und 30 ermordet. Außer dem Protest des Grazer Priestergelehrten und Polit-Unikums Johannes Ude ist kein Kommentar eines Kirchenmannes dazu überliefert. Was hemmte eine Solidarisierung? Auf dem Heldenplatz hatte ein Transparent geätzt: „Innitzer und Jud, eine Brut“. Hingen die Exzesse zusammen? Wie standen Katholiken der 1930er-Jahre zum Judentum? Bewirkte der NS-Terror ein Umdenken?

Ein Ergebnis vorweg. Im katholischen Wien debattierte man intensiver und disparater als irgendwo sonst über die „Judenfrage“. Das hatte seinen Grund. Der jüdische Bevölkerungsanteil Wiens war in einem Menschenalter von rund 10.000 (1860) auf fast 200.000 angewachsen und blieb bis 1938 der höchste im deutschsprachigen Raum. Hier hatten die Christlichsozialen als populistisch-antisemitische Bewegung begonnen und stellten von 1895 bis 1918 den Bürgermeister, danach durchgehend den Bundeskanzler. Die Zusammenschau vorhandener Studien mit nun zugänglichen vatikanischen Quellen, die ein aktuelles Forschungsprojekt auswertet, liefert neue Erkenntnisse.

Der Antijudaismus der alten Kirche

Der Antisemitismus in katholischen Milieus nach 1850 war mehrschichtig. Die älteste Schicht bildete ein Antijudaismus, der schon in der alten Kirche zu Kernthesen geronnen war. Demnach haben „die Juden“ den Messias verkannt und damit Gottes Erwählung verwirkt. Seither sind sie zu steter Heimatlosigkeit verflucht, bestehen nach Gottes Willen aber bis ans Ende der Tage fort und werden sich dann bekehren. Diese Axiome wurden in Volksschulen wie an theologischen Fakultäten gelehrt, in der Liturgie und in er-



RUPERT KLIEBER

Jahrgang 1958, geboren in Radstadt. Studium der Katholischen Theologie, der Geschichte und Kunstgeschichte in Salzburg. Dr. phil., Dr. theol. Lehrt Kirchengeschichte an der Universität Wien. Bücher: u. a. „Jüdische/christliche/muslimische Lebenswelten der Donaumonarchie 1848–1918“ (Böhlau). Leitet das Forschungsprojekt „Pius XI. und Österreich“ (piusxi.univie.ac.at).



Tora-Krone, geborgen aus dem im November 1938 zerstörten Währinger Tempel. Ein Bild aus dem Jüdischen Museum Wien.

[Foto: Wolfgang Freitag]

baulichen Schriften vermittelt. Dem im Wien der 1930er-Jahre aufgewachsenen Herbert Schrott warf ein Mitschüler vor: „Unser Katechet hat gesagt: Die Juden haben den Heiland ermordet, und auch du bist schuld daran!“ Herbert wusste nicht, wer mit dem „Heiland“ gemeint war, konnte vom Vater aber beruhigt werden, dass kein Mitglied der Familie Schrott ihn getötet habe.

Vom Antijudaismus zu unterscheiden ist der moderne Antisemitismus, der sich aus Rassentheorien speiste, die als Erblehren auch Eingang in die Wissenstempel fanden. Weniger bekannt ist eine dritte Schicht, die primär in Kirchenmilieus (katholisch wie protestantisch) vorkam und als „Kulturantisemitismus“ firmiert. Er reagierte auf die „Kulturrevolution“ im Judentum nach 1848. Durch wirtschaftlichen oder kulturellen Erfolg schafften viele jüdische Familien den Aufstieg aus dem Abseits der Ghettos und Schtetl in höchste gesellschaftliche Sphären.

Damit einher ging ein höchst disparater Umgang mit dem religiösen Erbe, das von orthodoxer Abkapselung über ein Kulturjudentum nach protestantischem Muster bis zur faktischen Areligiosität reichte. Zum Schrecken Geistlicher lebten viele Assimilierte eine „Moderne ohne Religion“ vor. Da sie überwiegend dem „Freisinn“ zuneigten, galten sie als Vorhut liberaler, kirchenfeindlicher Strömungen. Während man für Traditionsjuden vermehrt Sympathie bekundete, verweigerte man jenen selbst nach der Taufe die „Wir-Gemeinschaft“. Ab den 1920er-Jahren kam als neuer Vorwurf hinzu, dass die „jüdisch-liberale Presse“ die antireligiösen Verbrechen der Bolschewisten in Russland töttschweige, wo mit Zehntausenden ermordeten Klerikern und Klosterleuten ein veritabler „Ekklesiozid“ stattfand, ebenso die blutigen Kirchenverfolgungen in Mexiko und Spanien.

Die langjährige Debatte gerann zu Positionen, die in Handbücher und Lexika eingingen. Das Lexikon für Theologie und Kirche von 1930 unterschied den verbotenen rassistischen von einem legitimen Antisemitismus, der sich gegen gesellschaftsschädigenden Einfluss richtete. Ähnlich warnte der Hirtenbrief des Linzer Bischofs Johannes Gföllner im Jänner 1933 zwar vor dem Nationalsozialismus, forderte zugleich aber Maßnahmen gegen ein „entartetes“ Judentum, das zahlreiche Vertreter „des mammonistischen Kapitalismus“ und „Apostel des Sozialismus und Kommunismus“ stelle. Deren Einfluss zu bekämpfen sei „nicht nur gutes Recht, sondern strenge Gewissenspflicht jedes überzeugten Christen“. Rund ein Jahr und die Machtergreifung Hitlers später verurteilte der Weihnachtshirtenbrief der Bischöfe von 1933 die NS-Rassenlehre ohne solche Judenklausein. Zeichen eines Umdenkens?

Früher Zeuge der NS-Randale gegen Juden in Wien wurde der Theologieprofessor Innitzer als Rektor der Universität. 1929 verbot er nach antisemitischen Ausschreitungen das Tragen des Braunhemds, wonach er als „Handlanger des jüdischen Terrors“ be-

Rasse, Seele und Gottes Gericht

Auf den antiklerikalen Oktober im Wien des Jahres 1938 folgte ein antisemitischer November, das ungleich stärkere Beben des Novemberpogroms. Hingen die Exzesse zusammen? Wie standen Katholiken der 1930er-Jahre zum Judentum? Eine Nachforschung.

Von Rupert Klieber

schimpft wurde. 1930 drohte er, die Universität für ein Jahr zu sperren, sollte nur ein jüdischer Student zu Schaden kommen. Studien für die Schweiz und Österreich zeigen, dass ab der „Machtergreifung im Reich“ die antisemitischen Töne katholischer Intellektueller tatsächlich leiser wurden.

Vom Wiener Ethnologen Peter Rohrbacher analysierte vatikanische Quellen belegen, dass die Kurie in den heiklen Rassedebatten der Zeit bei österreichischen Fachleuten Rat suchte, vor allem beim Steyler Missionar Wilhelm Schmidt. Er zählte zu den Pionieren der Ethnologie und Religionswissenschaft an deutschsprachigen Universitäten. Papst Pius XI. überantwortete ihm 1925 eine große Missionsausstellung in Rom und wurde dabei näher mit ihm bekannt. Schmidt entwarf eine „Kulturkreislehre“, die er 1927 und 1935 unter dem Titel „Rasse und Volk“ publizierte. Auch er arbeitete mit der Kategorie Rasse, sah sich aber als Gegenpol zur NS-Doktrin.

In einem Vortrag Ende 1933, zu dem sich das ganze katholische Establishment Wiens einfand, warnte er davor, „Rasse“ zur Basis des „Staatsbegriffs“ zu machen. Die Führung der Katholischen Aktion (KA), die nun das

kirchliche Monopol der Laienvertretung innehatte, hielt eine Lösung der Judenfrage für unumgänglich, weil sie sonst „später in gewaltsamer Weise gefällt würde“. Man begrüßte den Vorstoß des Ministers a. D. Emerich Czermak für eine „einernehmliche Lösung“. „Die andere Seite“ müsse die Unhaltbarkeit der Zustände sehen: „Das übermäßige Eindringen der Juden in den Mittelschulen, Universitäten, in den Beruf der Ärzte und Advokaten kann nicht ertragen werden, weil unsere jungen Leute ihr Brot finden und eine Familie gründen wollen.“

Numerus clausus für Juden

Das war der Ruf nach einem Numerus clausus für Juden, wie ihn Ungarn seit 1920 kannte. Schmidt ging über praktische Lösungen wie diese hinaus und warnte mit Elementen der Tradition (verspielte Erwählung, Fluch) vor einer Erblast selbst bei „getauften Juden“, die nur durch lange „innere Arbeit“ zu überwinden war: „Die Nachwirkungen, die kamen, hebt die Taufe nicht auf, sodass er wohl zu uns gehört, aber nicht so sehr zu uns gehört wie andere Volksgenossen.“

Noch weiter ging 1936 der Neuland-Priester Josef Dillersberger, Vorzeigetheologe der Salzburger Fakultät. Wiewohl er um die Nürnberger Gesetze und Willkür in Deutschland wissen musste, verstieg er sich in einem Artikel dazu, die unterlassene Hilfe an Juden religiös zu verbrämen: „Nie kann ein Christ selbst als Rächer und Vollstrecker göttlichen Gerichts auftreten wollen. Das überlassen wir – den Heiden! Aber wir müssen es wohl geschehen lassen, was da geschieht, denn es ist Gottes Gericht! Wer darf rechten mit Gott?“

Blasphemien dieser Art sind gottlob nie in ein kirchenamtliches Dokument eingeflossen, und man will hoffen, dass sie schon ab 1938 bereut wurden. Andere Akzente setzte bereits 1936 eine weitere Vortragsreihe der KA („Kirche im Ringen der Zeit“); Ehrengäste waren Innitzer und Kanzler Kurt Schuschnigg. Wieder referierte Schmidt über „Blut und Boden, Rasse und Volk“ und legte dar, dass Rassen durch Umwelteinflüsse steter Wandlung unterlägen. Sein Hauptargument aber war theologisch. Das Innerste des Menschen bilde die Seele, die Gott stets neu erschaffe und daher keine Rasse kenne. Die katholische Presse erklärte die „NS-Irrlehre von Blut und Boden“ damit für widerlegt. Das Unterrichtsministerium publizierte Auszüge davon im Handbuch „Österreich“ für Mittelschullehrer. Schmidt gehörte 1938 zusammen mit Bundespräsident Wilhelm Miklas und Schuschnigg zum kleinen Kreis jener, für die Pius XI. diplomatisch beim Deutschen Reich intervenierte. Er konnte sich ins Ausland absetzen.

In eine neue Richtung dachten Intellektuelle wie Dietrich von Hildebrand, Herausgeber der Zeitschrift „Der christliche Ständestaat“, oder Priestergelehrte wie der Salzburger Alois Mager und der Wiener Johannes Osterreicher, der die Zeitschrift „Die Erfüllung“ herausgab und ab 1935 das sogenannte

Fortsetzung Seite IV

Fortsetzung von Seite III

Paulus-Werk leitete. Es hatte noch „Judenmission“ zum Ziel, erstmals aber auf Basis expliziter Wertschätzung des Judentums. In ihrem Sinne sollte Innitzer ab 1940 die „Hilfsstelle für nicht arische Christen“ etablieren, die Beachtliches leistete. Die Genannten bekämpften Antisemitismus aus religiöser Überzeugung und entwarfen Positionen, die einer radikalen theologischen Neudeutung des Judentums den Weg ebneten und 30 Jahre später vom Zweiten Vatikanischen Konzil rezipiert werden sollten. Sie zeigten auf, dass „Innitzer und Jud“ in spirituellem Sinn tatsächlich „eine Brut“ waren, sprich: dass Christentum ohne Judentum weder historisch noch theologisch denkbar war. Weltkirchlich fand diese Einsicht im 1926 gegründeten Klerikerbund der Amici Israel eine Lobby, der bald rund 3000 Priester, 300 Bischöfe und 19 Kardinäle angehörten. In Österreich blieb sie freilich weit über 1938 hinaus ein Minderheitenprogramm.

Der österreichische Katholizismus war deutlich antisemitischer geprägt als der anderer Länder (etwa Deutschlands, Italiens). Welche Positionen die gläubige Basis in welchem Maße rezipierte, ist schwer zu eruieren. Auffällig ist, wie sehr die Diskurse männlich dominiert waren. Katholikinnen oder ihre Organisationen traten kaum in Erscheinung. Frauen taten sich jedoch im Kampf gegen Judenhasse hervor. Eine Wienerin schrieb NS-Gauleiter Alfred Frauenfeld schon 1931, dass gewiss ein „Neger“, der sich an Jesu Bergpredigt orientierte, Gott näher liege als der „Hakenkreuzler, der mit dem Gummiknüppel gegen Juden losgeht und dadurch eines der größten Gebote übertritt“. Entschieden bekämpfte den Wahn nach 1933 die engagierte Katholikin Irene Harand mit der Streitschrift „Sein Kampf“ respektive die Harand-Bewegung und ihr Organ „Gerechtigkeit“. Soweit erkennbar, haben von 109 Österreichern, die es in die „Allee der Gerechten“ in Jerusalem schafften, außer ihr später nur die Wienerin Hilde Ölsinger und ein Salzburger Dorfpfarrer aus religiösen Gründen verfolgten Jüdinnen und Juden geholfen.

Der „schädliche jüdische Einfluss“

1979 verschickte Erika Weinzierl Fragebögen an alle 2800 damals lebenden Geistlichen über 60; 282 Bögen kamen zurück. Die Haltung der Katholiken zu Juden vor 1938 beurteilten darin 39 als „positiv“, 75 als „indifferent“ („wenig Berührung“), 132 als „ablehnend“ (47 Prozent). Typisch die Aussage: „Die meisten waren, wie ich selbst, Antisemiten, aber natürlich weit vom Judenhass der Nazis entfernt.“

Eine Studie von 2001 über Wiener Pfarrblätter der 1930er-Jahre eruierte, dass jede zehnte der 1800 Ausgaben aus 25 Pfarren antisemitische Passagen enthielt, nur vier Pfarren enthielten sich völlig. Fast die Hälfte dieser Artikel (41 Prozent) argumentierte wirtschaftlich, 37 Prozent referierten die Lehrtradition. Als rassistisch im engeren Sinn wertete die Autorin Nina Scholz allein vier Prozent. Der Seelsorgeklerus hielt sich also weitgehend an die kirchlichen Vorgaben. Man referierte die Theologie und beklagte den „schädlichen jüdischen Einfluss“ auf Wirtschaft und Gesellschaft. Antisemitismus als kirchlicher Antimodernismus.

Der kirchliche Diskurs grenzte sich vom NS-Rassenwahn und seinen brutalen Folgerungen entschieden ab. Dem Antisemitismus von kirchlich Gebundenen wurden damit klare Grenzen gesetzt: Eigentum, Leib und Leben jüdischer Landsleute standen nicht zur Disposition – ein essenzieller, ja existenzieller Unterschied! Doch ist zu befürchten, dass die subtile Abgrenzung viele an der Basis überforderte und die Varianten der Judenfeindschaft sich im Alltag heillos mischten. Der stete antisemitische Input hemmte zweifellos die Bereitschaft, für jüdische Nachbarn einzutreten. Schlimmer: Er senkte wohl auch die Hemmschwelle, bei Gelegenheit als Profiteure oder Täter an der Verfolgung mitzuwirken. Paradoxerweise rettete die spezielle Gehässigkeit der Wiener (Zeitzeuge Rudolf Gelbard) einem erheblichen Teil der Judenschaft indirekt das Leben, weil sie drastisch vor Augen führte, dass es keine Alternative zur Flucht gab, selbst wenn die meisten Länder der Erde die Einreise versagten. ■